

**Baden-Baden/Bühl/Achern** (BNN). Die Pläne für die Neuausschreibung des Stadtbahnnetzes südlich von Baden-Baden löst weiter Diskussionen aus. Die beiden grünen Landtagsabgeordneten Bea Böhlen und Thomas Hentschel reagieren mit einiger Verwunderung über die „angeblich für das Landratsamt überraschende Mitteilung“, dass das Land die Bahnanbindung im südlichen Landkreis Rastatt und darüber hinaus nach 2022 neu ausschreiben wird. „Wir wissen aus dem Verkehrsministerium, dass dies im Landratsamt seit Monaten bekannt war, wohl aber nicht kommuniziert wurde“, teilen die beiden Abgeordneten mit.

Die daraus entstehende Verunsicherung wäre vermeidbar gewesen, wenn diese Informationen entsprechend weitergereicht worden wären, sagt Böhlen. Die öffentliche Empörung zeige, wie wichtig die Anbindung Karlsruhes bis Achern und die Haltestellen in den Gewerbegebieten seien. Das wisse auch das Verkehrsministerium. „Nach unserem Kenntnisstand fallen weder Haltestellen weg noch werde sich der Takt ändern“, betont Böhlen. Bis die Neuausschreibung durch das Verkehrsministerium erfolge, könnten die Städte und Gemeinden weitere Kernpunkte herausarbeiten und ein Konzept entwickeln, das auch den Nationalparktourismus stärker mit einbeziehe, regt Hentschel an.

## Die Stadtbahn bleibt im Fokus

Grüne: kein Grund zur Sorge / CDU fordert Klarheit / SPD lehnt Kürzung ab



WAS KOMMT NACH 2022? Die Pläne für die Zukunft der Stadtbahn südlich von Baden-Baden bleiben weiter umstritten. Foto: KVV

Die CDU-Landtagsabgeordneten Sylvia M. Felder (Rastatt), Norbert Beck (Freudenstadt), Willi Stächele (Kehl) und Tobias Wald (Baden-Baden) fordern Aufklärung und Klarheit im Hinblick auf die Neuordnung des Bahnverkehrs in der Region. Das geht aus einem gemeinsamen Schreiben der CDU-Abgeordneten an Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hervor. Sie erneuern ihre Kritik an der mangelhaften Informationspolitik des Ministeriums und der Stadt Karlsruhe. Das Eckpunktepapier zur Zukunftssicherung des „Karlsruher Modells“ habe ganz Mittelbaden überrascht. Selbst die Mitglieder der Aufsichtsräte von KVV und AVG seien nicht durchweg informiert gewesen. Es gelte, Klarheit zu schaffen und einen attraktiven schienengebundenen ÖPNV in der Region zu sichern. „Das ist von Achern über Bühl und Baden-Baden sowie Forbach und Freudenstadt von herausragender Bedeutung – und zwar für Berufsspendler und Schüler genauso wie für den Tourismus“, bekräftigen die CDU-Abgeordneten.

„Die vorgesehenen Kürzungen im ÖPNV ab 2022 sind für uns nicht hinnehmbar und die vom grünen Verkehrs-

minister angebotene Scheinlösung des Problems auch nicht“, betont Werner Henn, Vorsitzender des SPD Stadtverbandes. Es sei ökologisch ein „völliger Schwachsinn“, wenn auf Kurzstrecken schwere Züge der Deutschen Bahn alle paar Kilometer abbremsten und wieder beschleunigen müssten. Die leichteren, durchgehend begehbaren Niederflurtriebwagen der AVG sind doch genau deshalb angeschafft worden, um Energie zu sparen und schneller Kurzstrecken bedienen zu können.

Die SPD habe auch einige Fragen an den KVV, die Mehrheitseigner aus Karlsruhe und das Verkehrsministerium in Stuttgart: Wieso soll die 50-Kilometer-Grenze nur Richtung Siedlen Geltung finden, die anderen über 50-Kilometer-Strecken etwa nach Heilbronn aber nicht? Die Sozialdemokraten fordern eine Informationsveranstaltung mit den zuständigen Gremien der betroffenen Landkreise, des Stadtkreises und des KVV.

Die SPD plädiert für folgende Lösung: Die Baden-Baden Linie (BBL) übernimmt ab 2022 vier Triebwagen der AVG (Kauf, Leasing, Miete?) und betreibt die S7 Linie zwischen Karlsruhe und Achern von Baden-Baden aus. Damit wären die 50 Kilometer eingehalten und die mittelbadische Region weiterhin ans Netz des KVV angebunden. An den Anfahrten der Bahnhöfe, am Takt, sowie an der Preisgestaltung würde sich nichts ändern.